



3. Dezember 2008

Bundesdrogenbeauftragte besucht Bonner Heroinambulanz **Caritas und Diakonie fordern Regelversorgung mit Diamorphin für Schwerstabhängige**

Die Bundesdrogenbeauftragte, Sabine Bätzing, hat jetzt die Heroinambulanz in Bonn besucht. Bei ihrem Besuch stellte sie heraus, wie wichtig es sei, das Projekt über die Modellphase hinaus zu finanzieren. Das Modellprojekt der Heroinambulanz, das vor sechs Jahren in sieben deutschen Städten gestartet wurde, ist 2006 abgelaufen. Das Ergebnis der weltweit größten Studie zu den Effekten der heroingestützten Behandlung ist eindeutig positiv. Die Methodik wird international anerkannt.

Dennoch ist die Zukunft der Heroinambulanzen in Deutschland ungewiss. Denn bislang streitet die Politik über die Etablierung der Behandlung als Regelversorgung. Einige Politiker weigern sich, Diamorphin als Medikament (durch Änderung des Betäubungsmittelgesetzes) anzuerkennen und so eine Regelfinanzierung zu ermöglichen.

In der Bonner Heroinambulanz werden derzeit 28 schwerst Heroinabhängige mit Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) behandelt und psychosozial betreut. Die Heroinambulanz wird von der Ambulanten Suchthilfe (Caritasverband/Diakonisches Werk) in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Bonn (Klinik für Psychiatrie) betrieben.

Die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing hat mehrfach die kontrollierte Heroin-Abgabe für Schwerstabhängige gefordert. Denn damit ist es möglich, den Teufelskreis aus Beschaffungskriminalität und Drogenmissbrauch zu durchbrechen.

Der Bonner Stadtrat hat entschieden, die Heroinambulanz in Bonn auch in 2009 mit rund 600.000 Euro zu finanzieren. Die Stadt Bonn trägt damit für ein weiteres Jahr die komplette Finanzierung allein. Caritasdirektor Jean-Pierre Schneider und Diakonie-Geschäftsführer Ulrich Hamacher dankten der Stadt für ihr großes Engagement. Ob die Heroinambulanz darüber hinaus überhaupt noch finanziert werden kann, hängt im Wesentlichen davon ab, ob Diamorphin von der Politik als Medikament anerkannt wird.

Caritasdirektor Jean-Pierre Schneider appellierte an das christliche Gewissen der Politiker, die gesetzliche Basis dafür zu schaffen, dass die Behandlung mit Diamorphin künftig als Regelversorgung gilt und damit über die Krankenkassen finanziert werden kann. „Wir können die Menschen, die durch die Behandlung mit Diamorphin und eine begleitende psychosoziale Betreuung eine äußerst positive Entwicklung hinter sich haben, nicht einfach fallen lassen. Menschen haben ein Anrecht auf eine angemessene gesundheitliche Versorgung. Das ist ein grundlegendes Menschenrecht“, sagte Schneider. „Hier ist unsere Gesellschaft gefordert.“

Im Bonner Modellversuch haben 10 von 58 Patienten den Ausstieg aus der Heroinabhängigkeit komplett geschafft und ihre berufliche und soziale Lebenssituation gefestigt. Weitere vier ehemals Schwerstabhängige sind mittlerweile in Entwöhnungstherapien (Methadonsubstitution).

Mechthild Greten

Pressesprecherin Caritasverband für die Stadt Bonn e.V.

Telefon 0228 22804-52, Telefax 0228 22804-70, mechthild.greten@caritas-bonn.de